



15. Februar
19 Uhr, Hilden
"Die Zukunft der
Gesundheits-
versorgung"

Liebe Leserinnen
und Leser,

zunächst einmal hoffe ich,
dass Sie gut ins neue Jahr
gestartet sind.

Wohl selten ist es gleich zu
Beginn eines Jahres poli-
tisch dermaßen „in die Vol-
len“ gegangen, wie in die-
sem noch jungen Jahr 2024.
Im Fokus standen dabei
zwei „Arbeitskämpfe“, die
freilich in Vortrag und Reso-
nanz kaum unterschiedli-
cher sein könnten: Die der
Bauern und die der Bahn.
Zu beiden lesen Sie in die-
sem Newsletter.

Darüber hinaus stand mein
Januar im Zeichen von Neu-
jahrsempfängen. Und auch
die waren deutlich „politi-
scher“ als gewöhnlich und
hatten trotz verschiedens-
ter Gastgeber doch eines
gemeinsam: Die Unzufrie-
denheit über die Berliner
„Ampel“.

Bevor Sie über das und
mehr im Folgenden lesen,
möchte ich Sie schon ein-
mal auf einen Termin hin-
weisen: Am **15. Februar**
heißt es wieder „Wiener
trifft...“

Bis dahin viel Spaß beim Le-
sen!

Ihr und Euer
Dr. Klaus Wiener



EINLADUNG - „Wiener trifft“

Offenes Experten-Gespräch über Gesundheitsversorgung

Die Zukunft der Gesundheitsversorgung ist eine der wichtigsten Fragen und wird in jüngster Zeit zunehmend gesellschaftlich und politisch diskutiert – auch bei uns im Südkreis. Deshalb widmet sich die nächste Ausgabe meiner Gesprächsreihe „Wiener trifft...“ diesem Thema mit vier fachkundigen Gästen: Meiner Fraktionskollegin **Simone Borchardt** aus dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages, Gesundheitsökonom **Prof. Dr. Hendrik Jürges** von der Bergischen Universität Wuppertal, **Dr. Edwin Boelke**, leitender Oberarzt am Uniklinikum Düsseldorf und **Dr. Christoph Sandweg**, niedergelassener Zahnarzt aus Haan.

Behandelt werden unter anderem folgende Fragestellungen: Wieso hat sich die finanzielle Lage im Gesundheits-

system in jüngster Zeit so verschlechtert? Wie sicher ist die zukünftige Versorgung von Patienten und Älteren angesichts immer größerer Belastungen im Gesundheitswesen? Welche Lösungen erscheinen aus Sicht von Politik, Wissenschaft und Praxis sinnvoll?

Die Veranstaltung beginnt am

15. Februar 2024 um 19 Uhr in der Geschäftsstelle der CDU Hilden, Hans Sachs Strasse 4, 40721 Hilden

Wer dabei sein möchte (Teilnahme ist kostenlos), wird gebeten, sich bis einschließlich 13. Februar 2024 anzumelden: per Mail an klaus.wiener@bundestag.de oder per Telefon unter 02104 - 833 250.





Ein halbes Jahrhundert war er ununterbrochen Mitglied des Deutschen Bundestages – und damit länger als irgendjemand sonst im Deutschen Bundestag jemals. Mit Ausnahme Konrad Adenauers saß er mit allen deutschen Bundeskanzlern im Parlament.

Beim Trauerstaatsakt würdigte die Familie Schäuble gemeinsam mit uns Parlamentariern und einer Vielzahl an Ehrengästen und Wegbegleitern das Lebenswerk des Wolfgang Schäuble. Zu seinen Ehren hielten die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, der französische Präsident Emmanuel Macron und unser CDU-Vorsitzende Friedrich Merz, ein langjähriger Parteifreund Schäubles, Gedenkreiden. Ich kann mich den Worten des französischen Präsidenten nur anschließen: „Deutschland hat einen Staatsmann verloren. Europa hat eine Säule verloren. Und Frankreich hat einen Freund verloren.“



„Politics without youth is politics without use“

Auf Termine mit der jungen Generation freue ich mich immer besonders, denn junge Perspektiven finden nicht allzu oft Einzug in unseren parlamentarischen Alltag. Und das junge Erwachsene auch inhaltlich einiges beizutragen haben, zeigte sich bei der Vorstellung des Policy Papers der Jugend-Enquete-Kommission. Dieses thematisiert nichts Geringeres als die Alterssicherungssysteme in Deutschland. In Zusammenarbeit mit Experten erarbeiteten 20 junge Menschen im Alter zwischen 14 und 27 Jahren mehrere konkrete Vorschläge, um die gesetzliche und private Altersvorsorge zu reformieren. Werfen Sie auch gerne einen Blick in das [Papier](#). Wenngleich ich bei der ein oder anderen vorgestellten Maßnahme anderer Auffassung bin, sind dennoch interessante Ansätze dabei. So wird bspw. die Abschaffung der Rente mit 63 gefordert. Eine Kopplung des Renteneintrittsalters an die steigende Lebenserwartung lehnt die Kommission dahingegen ab – dies schätze ich angesichts des demografischen Drucks anders ein. Grundsätzlich haben die jungen Menschen an diesem Tag gezeigt, dass sie sich fundiert und v.a. differenziert über komplexe gesellschaftliche Themen Gedanken machen und diese auch zu Papier bringen können. Denn am Ende ist es die jüngere Generation, die mit einem kollabierenden Rentensystem konfrontiert sein wird, wenn nicht gehandelt wird. Daher liegt es jetzt an uns, die dringlichen, wenngleich bisweilen auch ungemütlichen, Reformen anzugehen.

Noch nie war die Sorge vor einer kommenden Regulierung so groß

PFAS bzw. per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen habe ich an dieser Stelle schon öfter zum Thema gemacht. Denn die Auswirkungen des aktuellen Regulierungsvorstoßes, an welchem u.a. das deutsche Umweltbundesamt mitgewirkt hat, wären sowohl für die Wirtschaft als auch für Verbraucher enorm hoch. Aufgrund ihrer wasser- und fettabweisenden Eigenschaften ist die Chemikaliengruppe bei vielen Produkten und Produktionsprozessen essenziell. So befinden sich PFAS in Alltagsgegenständen, wie Regenjacken, aber auch in Herzklappen oder in innovativen Technologien, wie in Lithium-Ionen-Batterien oder Wärmepumpen.

Der vorliegende Vorstoß europäischer Umweltbehörden beabsichtigt, die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung aller PFAS pauschal zu verbieten - mit ein paar wenigen Ausnahmen und Übergangsfristen, die vermutlich nicht ausreichen werden, um geeignete Substitute zu etablieren.

Aufgrund der Dringlichkeit des Themas und der Untätigkeit seitens der Bundesregierung haben wir als Fraktion einen [Antrag](#) im Bundestag eingebracht. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene für einen differenzierten, risikobasierten Regulierungsansatz einzusetzen, der die tatsächlichen Emissionen und Expositionen in den Blick nimmt. Natürlich sollten Substanzen reguliert werden, die nachweislich gesundheitsschädlich sind! Von dem aktuell geplanten pauschalen Verbotsansatz muss aber abgerrückt werden, da die so wichtige Balance zwischen Ökonomie und Ökologie hier aus den Fugen geraten könnte. Auch Klima und Umwelt ist wenig geholfen, wenn zum einem Produktionsprozesse wichtiger Zukunftstechnologien eingeschränkt werden und zum anderen die PFAS-Herstellung ins Ausland verlagert wird, wo diese dann unter weniger restriktiven Umweltauflagen weiter produziert werden. Meine Rede im Deutschen Bundestag zur PFAS-Regulierung können Sie [hier](#) sehen.

In den Medien

Rheinische Post:

Signal der Hoffnung für die Neandertalbrücke
[Hier den Artikel lesen.](#)

Erkrath jetzt:

Klaus Wiener gegen „schwerwiegendste Verbotsaktion der Wirtschaftsgeschichte“
[Hier den Artikel lesen.](#)

Supertipp:

Meinungsfreudiger Neujahrsempfang der Langenfelder Senioren-Union
[Hier den Artikel lesen.](#)

Lokal Anzeiger Erkrath:

Unterstützenswerter Protest
[Hier den Artikel lesen.](#)



Beim Neujahrsempfang des **Hilddener Industrie-Vereins** standen Mittelstand und Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt. „Deutschland im Wachstumstal“ – nicht unbedingt ein Thema, über das ich gerne referierte. Hoffen wir, dass es bei den Neujahrsempfängen im kommenden Jahr besser aussieht.

WAHLKREIS



Zwischen Rhein und Spree

Aktuelles aus Berlin und dem Wahlkreis von Dr. Klaus Wiener

Neujahrsempfänge: Zeit der Aus- und Einblicke

Zum Jahresstart gehören jedes Jahr die Neujahrsempfänge verschiedenster Vereine, Verbände und politischer Ebenen. Für mich sind sie immer eine passende Gelegenheit, um bei einem gemeinsamen Ausblick auf ein beginnendes Jahr auch tiefergehende Einblicke in die Stimmung in den Städten oder in einzelnen Branchen zu bekommen. Obwohl ganz unterschiedlich in Gastgeberschaft und Veranstaltungsrahmen, gab es in diesem Jahr einen großen gemeinsamen Nenner: Die Unzufriedenheit über die Politik der Ampelregierung.

Den Anfang machte der Jahresempfang der **IHK Düsseldorf**, dessen Präsident Andreas Schmitz wörtlich von der „Notwendigkeit wirtschaftlicher Vernunft statt politischer Torheit“ sprach. **Friedrich Merz** als Hauptredner verdeutlichte, dass wir als Union die aktuellen Probleme mit marktwirtschaftlichen Instrumenten angehen würden, statt mit Staatsinterventionismus und Verboten. In dem Zusammenhang rückte unser Parteivorsitzender die Wichtigkeit der in diesem Jahr anstehenden Wahlen in den Fokus. Um die wusste man auch bei der **Senioren-Union Langenfeld**, auf deren Neujahrsempfang es nicht nur leckeren Kaffee und Kuchen, sondern auch jede Menge Meinung gab. Hier zeigte sich erneut: Unsere lebenserfahrenen Mitstreiter haben eine laute politische Stimme, die wichtig ist, gehört zu werden.

Gehör verschafften sich auch die **Wirtschaftsjunioren NRW**, die mich zu einer spannenden Diskussion aufs Podium baten. Dabei präsentierte sich der Führungsnachwuchs weitblickend und technologieoffen. Ganz kurzfristige Problemlagen beschäftigten indes den Empfang der **Stadt Langenfeld**, wo aktuell besonders drei Themen unter den Nägeln brennen: Die ungesteuerte Migration, strapazierte kommunale Finanzen und die zuletzt so unzureichenden Bildungsergebnisse – was Bürgermeister Frank Schneider von einem „Regierungsversagen“ auf Bundesebene sprechen ließ. Beim **Baumberger Bürgerverein** und bei der **CDU Monheim** lag der Schwerpunkt eher im Lokalen. Zentrales kommunalpolitisches Thema hier: Zur nächsten Wahl soll es fraktionsübergreifend einen Gemeinschaftskandidaten für das Bürgermeisteramt aus den Reihen der CDU geben – ein Vorhaben, das verdeutlicht, wie groß die Unzufriedenheit mit Blick auf die aktuellen Monheimer Verhältnisse derzeit ist.



Unterstützenswerter Protest

Die Bauernproteste bewegten im Januar buchstäblich die Republik. Wie aktiv sie auch im Südkreis mitgetragen wurden, erfuhr ich bei einem Treffen mit Vertretern der Kreisbauernschaft Mettmann (Foto oben) sowie mit dem Kreisbauernvorsitzenden Martin Dahlmann bei seinem Besuch in Berlin (Foto unten). Mein klares Fazit: Die Anliegen unserer Landwirte verdienen Unterstützung, nicht zuletzt, weil sie um Grundsätzliches kämpfen.

So beklagen die Bauern schon seit Längerem eine stetig wachsende Gängelung durch die Politik der Ampel-Regierung: ständig neue Verordnungen, praxisferne Auflagen oder Überplanung landwirtschaftlicher Flächen ohne Mitwirkung der Eigentümer. Die jüngsten Besteuerungspläne haben da lediglich das Fass zum Überlaufen gebracht.

Und dass sich den Protesten nicht nur Handwerker und Spediteure angeschlossen haben, sondern sie auch von weiten Teilen der Bevölkerung mitgetragen werden, beweist, dass sie nicht allein Bauern-Belange betreffen. Vielmehr geht es um Grundsätzliches: Es geht gegen eine Politik, die diejenigen bestraft, die morgens früh aufstehen, sich anstrengen und etwas für unsere Gesellschaft leisten.

An dem Thema bleibe ich jedenfalls dran und habe dazu auch schon Folgetermine. Denn eines ist klar: Die hier vorliegenden politischen Fehlentscheidungen sind nicht allein durch eine Protestwoche auszuräumen.



Alle Räder stehen still, wenn die GDL es will...

Der vierte Streik in der laufenden Tarifrunde war gleichzeitig der Längste. Fast eine Woche haben die Lokführer die Arbeit niedergelegt, so lange wie niemals vorher. Anders als zuvor mehrte sich in der Öffentlichkeit dieses Mal aber die Kritik am rigorosen Vorgehen der Lokführergewerkschaft GDL. Ist diese Kritik gerechtfertigt?

Ganz klar: Das Streikrecht ist ein hohes Gut, und es besitzt Verfassungsrang. Art. 9 Abs. 3 GG sichert allen Arbeitnehmern ein Streikrecht zu. Aber wie mit allen Rechten in freiheitlichen Gesellschaftsordnungen geht mit diesem Recht auch eine besondere Verantwortung einher. Der Streik muss verhältnismäßig sein. Zweifel hieran scheinen in zweierlei Hinsicht gerechtfertigt.

So kann die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gerade in Zeiten des immer größter werdenden Fachkräftemangels als durchaus ambitioniert bezeichnet werden - zumal sie zusätzlich zur Forderung einer Lohnerhöhung um 12 Prozent erhoben wird und zudem in kaum einer Branche die Regel ist. Zum Vergleich: Die Inflation lag 2023 bei 5,9 %, und LKW-Fahrer haben eine 39,5-Stunden-Woche.

Noch schwerer aber wiegt, dass die Lokführer mit Ihrem Streik die ganze Gesellschaft in Sippenhaft nehmen. Auf 100 Millionen € täglich wird der volkswirtschaftliche Schaden taxiert. Dabei sind Effekte wie höhere Staukosten, vermehrte Unfälle und eine stärkere Umweltbelastung noch gar nicht eingerechnet. Und hier unterscheidet sich dieser Streik von einem ganz normalen Arbeitskampf. Weder der Arbeitgeber (Staatsunternehmen Bahn) noch die Lokführer (de facto Arbeitsplatzgarantie) tragen das wirtschaftliche Risiko dieses Streiks. Es wird auf die Gesellschaft abgewälzt. Damit ergibt sich die Frage, ob in Bereichen, die zur kritischen Infrastruktur gehören, nicht besondere Regeln angebracht sind, die das Streikrecht schützen, dabei aber die Verhältnismäßigkeit des Streiks wahren. Denkbar wären:

1. verbindliche Regeln zur schnelleren Mediation oder Schlichtung;
2. längere Ankündigungsfristen;
3. ein Verbot von Streiks an gesetzlichen Feiertagen, so z.B. an und um Weihnachten oder Ostern;
4. die Einführung einer Regel, wonach es pro Unternehmen nur eine Gewerkschaft gibt.

Besonders der letzte Punkt scheint wichtig, denn bisweilen kann man sich des Gefühls nicht erwehren, dass es hier auch um einen Machtkampf zwischen der großen Eisenbahnergewerkschaft EVG und der sehr viel kleineren GDL geht. Beide Gewerkschaften wollen ihren Mitgliedern zeigen, dass sie das jeweils bessere Angebot herausgeholt haben. So kommt es zu Arbeitskämpfen, die im Vergleich zu anderen Wirtschaftssektoren sehr viel häufiger und länger sind.

Besonders ausgeprägt ist dieses Phänomen auch in der Luftfahrtindustrie, wo mal die Piloten, mal das Kabinenpersonal, dann die Fluglotsen oder die Ramp-Agents oder schließlich die Sicherheitskräfte streiken. Und all dies immer auf dem Rücken der Kundinnen und Kunden, die hierfür in Form höherer Preise zahlen. Und so ist es auch beim Bahnstreik: Am Ende steigen die Ticketpreise oder der Steuerzahler muss einspringen, indem er die Verluste der Bahn ausgleicht.

Der Handlungsbedarf ist beträchtlich, denn nur wenn sich die Kunden auf die Bahn verlassen können, werden Sie auch umsteigen und die Mobilitätswende unterstützen. Hierzu brauchen wir Investitionen in die Schiene, die der Staat - also wir alle - stemmen muss. Auf der Schiene brauchen wir aber mehr Wettbewerb, auch im Fernverkehr. Erst dann könnte ich mich über den Satz freuen, den ich am Ende meiner häufigen Bahnreisen immer wieder höre: „Vielen Dank, dass Sie sich heute für die Deutsche Bahn entschieden haben“.



Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 - 227 75621
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, [klicken Sie hier](#).

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31.01.2024

